

Herzlich Willkommen!

4. Fachtagung

Verschärfung der Klimaschutzziele!

Wie weiter im Rheinischen Revier?

26. Juni 2021 – Kreishaus Bergheim

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossen,

ich freue mich, Sie und euch herzlich begrüßen zu können,

- aus dem großen Sitzungssaal des Kreistags des Rhein-Erft-Kreises
- in Bergheim, im Kerngebiet des Rheinischen Braunkohlereviers,
- zu unserer Fachtagung:

„Verschärfung der Klimaschutzziele! - Wie weiter im Rheinischen Revier?“

Mein Name ist Hans Decruppe; ich bin Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag.

Neben mir sitzt Peter Singer, der als Mitglied des Regionalrats Köln bis Mai dieses Jahres auch Mitglied des Braunkohlenausschusses für das Rheinische Revier war – das Gremien das die Landesplanung zum Braunkohleabbau – die sog. Braunkohlepläne – zu erarbeiten hat.

Auf unsere gemeinsame Initiative geht diese Tagung zurück.

Nicht versäumen möchte ich, die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus dem politischen Raum, von SPD und Grünen, der Kommunalpolitik, von Gewerkschaften und Umweltverbänden und Initiativen sehr herzlich zu begrüßen; ebenfalls Vertreter der Presse.

Und bedanken möchte ich mich an dieser Stelle schon vorab beim Landrat unseres Kreises, Herrn Rock, der uns ermöglicht, hier im Kreishaus unter guten technischen Bedingungen zu tagen.

Wir tagen hybrid und ich freue mich auf die spannenden Vorträge der **Referent:innen** und begrüße sehr herzlich:

- **Dr. Cornelia Ernst**, Abgeordnete im Europaparlament
- **Dirk Jansen**, Geschäftsleiter des BUND NRW und
- **Dr. Axel Troost**, Ökonom und Mitglied des Bundestages.

Und wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen und mit euch.

Wenn Sie sich online melden wollen für einen Beitrag, dann schreiben Sie die Wortmeldung bitte in den sog. Chat. Wir notieren die Wortmeldung und unterstützen unsere Moderatoren bei der Wortvergabe.

Hierzu wäre uns auch wichtig, dass in Zoom der vollständige Namen angegeben wird. Dass geht über die Punkte, die unten in der Leiste angezeigt wird.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleg:innen,
das heute ist jetzt die 4. Fachtagung, die wir zum Thema: Ausstieg aus der Braunkohle und zum Strukturwandel durchführen – nach den Tagungen in 2012, 2016 und 2018.

Bereits 2007 hatte ich für DIE LINKE im Kreis in einem Interview einen Ausstieg aus der Braunkohle mit einem Zeithorizont für den Strukturwandel von rund 20 Jahren bis 2025 gefordert und als realistisch angesehen.

Hier der Auszug aus dem Presseartikel der Kölnischen Rundschau vom 06.07.2007:



*3,79% ist falsch
4,7% Zweit-
Stimmen*

WASG UND PDS
Die Vorläufer der Partei Die Linke, die SPD-Abspaltung WASG im Westen und die PDS aus dem Osten, sind bisher im Rhein-Erft-Kreis kaum in Erscheinung getreten. Im September 2004 fanden sich in Kerpen ein kleines Grüppchen und gründete einen WASG-Kreisverband. Die PDS hat zwar einige versprengte Mitglieder zwischen Rhein und Erft, Strukturen aber nur im Oberzentrum Köln. Bei der Landtagswahl 2005 holte die WASG im Kreis 1,8 Prozent der Stimmen, die PDS 0,86 Prozent. Zur Bundestagswahl 2005 brachte die erste Listenverbindung von WASG und PDS es zwar bundesweit auf 8,6 Prozent, blieb aber in dem beiden Wahlkreisen im Rhein-Erft-Kreis mit 3,7 und 3,6 Prozent hinter dem Ergebnis zurück. (tun)

Mehrheitssuche für eine soziale Politik

Die Linke konstituiert sich Mitte August – Zulauf auch aus etablierten Parteien

von MANFRED FUNKEN

RHEIN-ERFT-KREIS. Der Zusammenschluss auf Bundesebene ist vollzogen; jetzt geht es darum, an der Basis nachzuziehen. Wo steht Die Linke im Rhein-Erft-Kreis?

Der Sozialversicherungsfachangestellte Wilhelm Dedede und der Rechtsanwalt Hans Decruppe – beide gehören dem Übergangsvorstand des Zusammenschlusses von WASG und PDS im Rhein-Erft-Kreis an – bezeichnen die Stimmung als euphorisch. „Leute aus etablierten Parteien kommen zu uns, weil sie die Nase voll haben vom Neo-Liberalismus“, sagt Wilhelm Dedede, der sich am Donnerstag, 16. August, bei der konstituierenden Sitzung um den Kreisvorsitz der neuen Partei bewerben möchte.

Der Zusammenschluss der rund 50 WASG- und 30 PDS-Mitglieder verlaufe ohne Behinderungen. Zu diesem Stamm hätten sich nach dem Bundesparteitag einige Neulinge gesellt. Ehemalige Liberale und Grüne seien darunter. 87 Mitglieder zähle Die Linke zurzeit.

„Auch Leute, die seit 30 Jahren SPD-Mitglied sind, rufen uns an – Sozialpolitiker, Gewerkschafter“, erzählt Dedede. „Aber die warten erst mal ab, beobachten uns.“ Und Decruppe ergänzt: „Wir freuen uns auf den Tag, an dem diese Leute zu uns kommen. Deren Erfahrung würde uns weiter nach vorne bringen.“

Überhaupt ist Die Linke auf der Suche nach einer linken Mehrheit. Erste Gespräche mit dem SPD-Kreispartei-vorsitzenden Guido van den Berg

habe es schon gegeben. „Ein ganz vorsichtiges Kennenlernen“, sagt Decruppe.

Für die Kreistagswahl 2009 sieht er – natürlich noch unverbindlich – die Option, einen SPD-Landratskandidaten zu unterstützen und auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. „Wenn wir helfen können, Landrat Werner Stump abzulösen, machen wir das gerne.“

Wahlziel: Linke Mehrheit im Kreistag

Auf den Kreis werde die Partei kommunalpolitisch das Hauptaugenmerk legen. Der Einzug in den Kreistag sei ein realistisches Ziel. „In den Kommunen werden wir nicht in der Lage sein, alle Wahlbezirke zu besetzen“, hofft Decruppe nur auf Ratsmandate in Kerpen, Frechen und Brühl.

„Dort sind wir stark, während wir etwa in Bergheim noch völlig unterbelichtet sind.“

Da es an Kandidaten fehlt, will die Linke im Rhein-Erft-Kreis auch Leuten ohne Parteibuch die Chance geben, auf dem Ticket der neuen Gruppierung anzutreten. „Leute, die sich gesellschaftlich engagieren, etwa in Betriebsräten oder Pfarrgemeinderäten, sind uns jederzeit willkommen“, sagt Decruppe.

Ein Wahlprogramm für 2009 muss im Detail noch erarbeitet werden, die grobe Richtung aber ist klar: „Soziale Politik muss wieder mehrheitsfähig werden.“ Deshalb werde man ein Auge auf die Industriebetriebe im Kreis haben und der unfähigen ARGE, die den Namen Arbeitsförderung nicht verdient (Dedede) Dampf machen.

„Wir leben im Revier, da kann man nicht einfach gegen die Braunkohle sein“, sind sich die Vertreter der Linken einig.

Allerdings müsse man der Politik und RWE Power den Vorwurf machen, nicht rechtzeitig Alternativen zu entwickeln. Mit Augenmaß, aber zielstrebig müsse in einem Zeitraum von 20 Jahren der Umstieg von der Braunkohle auf umweltschonendere Energien vollzogen werden. Dedede mahnt die Politiker im Kreis, zusammen mit den Hochschulen im Umland Zukunftskonzepte zu entwickeln. Dazu sei es auch notwendig, die Kommunen finanziell besser auszustatten. Es könne nicht angehen, dass deren Handlungsspielraum durch immer neue Steuergeschenke an die Wirtschaft noch weiter eingeschränkt werde.

„Wir leben im Revier, da kann man nicht einfach gegen die Braunkohle sein“, sind sich die Vertreter der Linken einig. Allerdings müsse man der Politik und RWE Power den Vorwurf machen, nicht rechtzeitig Alternativen zu entwickeln. Mit Augenmaß, aber zielstrebig müsse in einem Zeitraum von 20 Jahren der Umstieg von der Braunkohle auf umweltschonendere Energien vollzogen werden.

Kohlefrage als soziale Frage

Linke beschäftigten sich mit dem Ausstieg – Landrat zu Gast

VON MARCO FÜHRER

BERGHEIM. Zur Fachtagung „Ausstieg aus der Braunkohle“ im Sitzungssaal des Kreishauses hatte die Linke einen ungewöhnlichen Gast geladen:



Landrat Michael Kreuzberg

CDU-Landrat Michael Kreuzberg. Als Mitglied der Kohlekommission eröffnete er die Tagung, die von der Linken und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Nordrhein-Westfalen veranstaltet wurde.

Während der Landtagswahl 2013 waren Hans Decruppe, Fraktionsvorsitzender der Linken Rhein-Erft, und Kreuzberg noch Konkurrenten. Der jetzige Landrat hatte damals schon gesagt, die Braunkohle sei

„keine Zukunftstechnologie“, und Decruppe habe als einziger zugestimmt. Das wisse er noch heute zu schätzen, sagte Kreuzberg. Ein Ziel teilen sich die beiden noch heute: Ein Kohleausstieg bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit und einem sozialverträglichen Strukturwandel in der Region. „Die Kohlefrage ist vor allem eins: eine soziale Frage“, sagte Kreuzberg bei der Eröffnung. Etwa 10 000 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier seien von der Braunkohle abhängig. Der Landrat sprach sich für eine nachhaltige Entwicklung der Infrastruktur nach dem Kohleausstieg aus und hob drei von rund 130 Projektvorschlägen hervor. Das waren: der Bau eines Campus der TH Köln in Erftstadt, die Rheinspange zwischen A555 und A59 bei Wesseling und das geplante klimaneutrale Gewerbegebiet am Forum Terra Nova bei Berren-dorf-Wüllenrath.



Nur etwa die Hälfte der Teilnehmer kamen von den Linken. Zu den Referenten gehörte auch Dirk Jansen (Mitte) vom BUND. Fotos: Führer

Decruppe sah im Auftritt des Landrats keinen Widerspruch. „Es ist hervorragend, dass so viele unterschiedliche Köpfe an der Tagung beteiligt sind. Denn wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Konsens.“ Es gehe schließlich um eine gesellschaftliche Weichenstellung. Nur etwa die Hälfte der Teilnehmer stammte daher von der Linken, der Rest kam von CDU, vom Deutschen Gewerkschaftsbund und bestand aus interessierten Bürgern. Ein Großteil der Referenten hingegen waren Mit-

glieder der Linken, darunter Jana Pinka, sächsische Landtagsabgeordnete, und Cornelia Ernst, Sprecherin der Linken im Europaparlament. Auswärtige Referenten waren beispielsweise Daniel Carralero von der spanischen Linkspartei Podemos, Aleksandra Tomczak von der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission, Dirk Jansen vom BUND und Antje Grothus von „Buirer für Buir“.

Vor allem Grothus, die als Sprecherin für die Tagebau-betroffenen auftrat, erntete

viel Zuspruch. Sie forderte einen Wandel, der sich an Mensch und Natur orientierte. Es brauche eine Kombination von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, um den Strukturwandel zu bewältigen, sagte die Buirerin. „Den Beschäftigten ist nicht mit Übergangsarbeitsplätzen gedient.“ Fördermittel dürften nicht in sinnlose Übergangstechnik fließen. Sitznachbarin Pinka, die im Anschluss über das sächsische Braunkohlerevier in der Lausitz sprach, nickte zustimmend.

Seitdem ist einige Zeit vergangen. Ich meine: Zu viel Zeit!

Denn die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass die Pariser Klimaschutzziele - die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst aber auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu beschränken - in realer Gefahr sind, nicht erreicht zu werden.

Der Weltklimarat (IPCC) stellte vor wenigen Tagen fest, dass sich die Erde seit dem vorindustriellen Zeitalter bereits um 1,1 Grad erwärmt hat und dass die Entwicklung in Richtung einer Erwärmung um rund drei Grad geht.

Dies ist eine wirklich bedrohliche Entwicklung. Sie zu stoppen, ist gemeinsame Aufgabe aller verantwortungsbewussten gesellschaftlichen Kräfte. Eine wirkliche klimapolitische Wende können wir nur gemeinsam erreichen.

Wir sehen unsere Aufgabe als Linke hier im Revier darin, auf diese drängende Aufgabenstellung hinzuweisen, den Ausstieg aus der Braunkohle deutlich schneller umzusetzen und vor allem den Strukturwandel drastisch schneller zu verwirklichen.

Klimapolitisch gehen wir von der Einschätzung aus, dass ein Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahr 2030 erfolgen muss und auch erfolgen kann. Selbst die unzureichende Verschärfung der Klimaziele der EU auf 55 %, d.h. eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 55 % im Vergleich zur Menge der ausgestossenen Treibhausgase im Jahr 1990, erzwingt einen deutlich vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohle.

Eine Studie von Prognos, Öko-Institut und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat bereits im vergangenen Oktober berechnet, dass die erwartete Erhöhung des EU-Klimaschutzziels für das Jahr 2030 von bisher minus 40 Prozent auf künftig minus 55 Prozent Treibhausgasemissionen eine Verschärfung der nationalen Klimaziele auf 65 % bedeutet. Nach Annahme der Wissenschaftler bedeutet dies das „Aus der Kohle“ spätestens Ende dieses Jahrzehnts.

Selbst das gestern vom Bundestag beschlossene völlig dürftige neue Klimaschutzgesetz wird gravierende Auswirkungen haben. Ich möchte an dieser Stelle auf die aktuellen Änderungen der Anlage 2 zu diesem Gesetz verweisen, wo geregelt ist, dass von der Energiewirtschaft jetzt erwartet wird, weitere 67 Mio. Tonnen Treibhausgasemissionen einzusparen:

Jahresemissionsmenge im Jahr 2030 in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent					
Unterschied KSG 2021 zu KSG 2019					
	1990	KSG 2019	KSG 2021	Diff. Mio. t	Diff. in %
Energiewirtschaft	466	175	108	-67	-38
Industrie	284	140	118	-22	-16
Gebäude	210	70	67	-3	-4
Verkehr	164	95	85	-10	-11
Landwirtschaft	90	58	56	-2	-3
Abfallwirtschaft und Sonstiges	38	5	4	-1	-20
Summe	1.248	543	438	-105	-19
Minderung % zu 1990		-56	-65		

Das jetzt um 38 % gesetzlich verschärfte Reduktionsziel der Energiewirtschaft wird nur erreichbar sein, wenn das Ausstiegsdatum 2038 aufgegeben und vorgezogen wird.

Das ist jedenfalls unsere Auffassung. Und deshalb akzeptieren wir auch nicht die sog. Leitentscheidung 2021 der CDU/FDP-Landesregierung NRW „Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlenrevier“. Diese neue Leitentscheidung zementiert das Ausstiegsjahr 2038 für die weitere Braunkohleplanungen und behindert damit auch jeden beschleunigten Strukturwandel im Revier.

Und deshalb haben wir im Dezember letzten Jahres in diesem Kreistag auch gegen die Leitentscheidung gestimmt – allerdings als einzige Fraktion.

Alle anderen Fraktionen – die Jamaica-Mehrheit aus CDU, FDP und den Grünen ebenso wie SPD, Freie Wähler und die AfD - haben das Ausstiegsjahr 2038 leider kritiklos durchgewunken.



Leitentscheidung 2021: Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier

Kohleausstieg entschlossen vorantreiben,
Tagebaue verkleinern, CO₂ noch stärker reduzieren

Leitentscheidung 2021

Entscheidungssatz 3: Planungshorizont mit Revisionszeitpunkten

Das Änderungsverfahren für den Braunkohlenplan Garzweiler II soll auf das Abschlussdatum 31. Dezember 2038 (§§ 2 und 4 i.V.m. § 40 KVBG) ausgerichtet sein. Dabei ist Vorsorge für ein ggf. vorgezogenes Abschlussdatum nach § 47 KVBG (31. Dezember 2035) zu treffen.

Das KVBG legt in den §§ 2 und 4 als Abschlussdatum für die Kohleverstromung den 31. Dezember 2038 fest. Das Braunkohlenplanänderungsverfahren Garzweiler II ist daher auf dieses Abschlussdatum auszurichten. (...) In den Jahren 2026, 2029 und 2032 ist darüber hinaus eine gesetzliche Überprüfung hinsichtlich des Abschlussdatums 31. Dezember 2038 vorgesehen („Revisionszeitpunkte“, s. §§ 47, 54 und 56 KVBG). Dabei wird geprüft, ob Stilllegungen, die für die Zeit nach 2030 geplant sind, um drei Jahre vorgezogen werden können und damit das Abschlussdatum 2035 erreicht werden kann. Nordrhein-Westfalen wird sich hier zu gegebener Zeit einbringen.

Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut (2020):

Klimaneutrales Deutschland.

im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität

Die (..) Erhöhung des EU-2030-Klimaschutzziels von bisher minus 40 Prozent auf künftig minus 55 Prozent Treibhausgasemissionen wird auch an Deutschland nicht ohne Folgen bleiben. Eine Erhöhung des EU-Ziels um 15 Prozentpunkte lässt sich für Deutschland in eine Erhöhung des bisherigen nationalen 2030-Ziels um 10 Prozentpunkte übersetzen – von bisher minus 55 Prozent auf künftig minus 65 Prozent im Vergleich zu 1990.

(Seite 10 f.)

Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut (2020):
Klimaneutrales Deutschland.

im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität

Die zusätzlichen Minderungen für ein nationales Ziel von minus 65 Prozent Treibhausgase bis 2030 werden vor allem in der Energiewirtschaft erbracht. Bis 2030 werden in dem hier vorgelegten Szenario gegenüber dem aktuellen Sektorziel des Klimaschutzgesetzes weitere 77 Millionen Tonnen CO₂ gemindert. Im Kern bedeutet dies, den Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorzuziehen und die Erneuerbaren Energien auf einen Anteil von etwa 70 Prozent des – durch die Sektorkopplung gestiegenen – Stromverbrauchs zu steigern. Der Kohleausstieg dürfte weitgehend marktbasiert erfolgen, da die EU-Kommission zur Umsetzung des höheren EU-Klimaziels eine Verschärfung des EU-Emissionshandels vorschlagen wird und bei CO₂-Preisen etwa ab 50 Euro pro Tonne auch Braunkohlekraftwerke unwirtschaftlich werden.

BESCHLUSS

der . Sondersitzung des Kreisausschusses
vom Donnerstag, den 06.05.2021 um 17:00 Uhr

18	Grundlegende Überarbeitung der Leitentscheidung für das Rheinische Revier - Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion vom 15.04.2021 -	243/2021
	Kreisausschuss	06.05.2021 Mehrheitlich dagegen

An einem Austausch beteiligen sich die Kreisausschussmitglieder Decruppe (LINKE, Fraktionsvorsitzender), Plonsker MdL (CDU), Timm (SPD, Fraktionsvorsitzender), Dr. Seydel (GRÜNE) und Dr. Pohlmann (FDP, Fraktionsvorsitzender).

Die Fraktion 'Die Linke' beantragt:

„Der Kreistag des Rhein-Erft-Kreises fordert die Landesregierung auf, die neue Leitentscheidung 2021 „Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier“ vor dem Hintergrund der Verschärfung der Klimaziele der EU und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse grundlegend zu überarbeiten.“

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen bei 16 Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE, FDP, AfD, Landrat) bei 1 Gegenstimme (LINKE)

Ein zentraler Punkt für uns Linke ist, dass dieser Strukturwandel sozial gerecht erfolgt. Deshalb dürfen wir weder den Ausstiegsprozess noch den Strukturwandel den Marktkräften überlassen. Der Markt ist nämlich nie sozial: Er begünstigt stets die Starken und benachteiligt – das ist im Kapitalismus systembedingt - die wirtschaftlich schwächeren Teile der Gesellschaft, insbesondere die abhängig Beschäftigten.

Wenn wir im Rheinischen Revier den Strukturwandel in eine zukunftsfähige Industrieregion erfolgreich umsetzen wollen, muss dies ohne soziale Verwerfungen, planvoll überlegt, transparent und unter demokratischer Kontrolle und Beteiligung erfolgen. Sonst finden die Transformationsprozesse nicht die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz und den erforderlichen Konsens der Betroffenen. Und hier hapert es noch extrem. Mit den bestehenden Strukturen der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR), nicht zuletzt mit den Prozessen der Entscheidung über Mittelvergabe bei Förderprojekten sind nicht nur wir absolut unzufrieden. Von Transparenz und demokratischer Beteiligung kann man nicht sprechen.

Auch die gestrige online übertragene sog. Revierkonferenz der ZRR war keine Bürgerbeteiligung, sondern reine Verlautbarung und reines Marketing für die von der CDU/FDP-Landesregierung favorisierten Projekte und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen.

Ich will aus Zeitgründen in meiner Begrüßung und Einleitung hier nicht zu sehr in die Tiefe gehen, sondern gerne unseren eingeladenen Fachleuten das Wort überlassen

- Cornelia Ernst,
- Dirk Jansen,
- Axel Troost, Ökonom und Mitglied des Bundestages.

Die Themen und den vorgesehenen Ablauf unserer Beratung entnehmt bitte der euch vorliegenden Einladung.

Um zu dem ersten Themenblock - zur Leitentscheidung - zu kommen, übergebe ich jetzt an Peter Singer, der diesen Teil moderieren wird. – Peter – bitte.

Ablauf

- 11.15 Uhr: **Wie weiter nach der neuen Leitentscheidung zum Rheinischen Revier?**
Dirk Jansen (BUND NRW)
Moderation: **Peter Singer** (Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Rhein-Erft / Regionalrat Köln)
- 12.00 Uhr: **EU-Politik - Green Deal – Auswirkungen auf nationale Klimapolitik und Ausstieg aus der Braunkohle**
Dr. Cornelia Ernst (MdEP DIE LINKE)
Moderation: **Hanno von Raußendorf** (Klima- und umweltpolit. Sprecher DIE LINKE. NRW)
- 12.45 Uhr: Pause
- 13.00 Uhr: **Den Strukturwandel im Revier sozial gestalten - Solidarische Ökonomie – CO2–Bepreisung**
Dr. Axel Troost (MdB DIE LINKE)
Moderation: **Friedrich Jeschke** (Fraktion DIE LINKE. / Volt im Regionalrat Köln)